

[http://www.charivari.com/aktuell/meldungen/article/althaus-cdu-vorstand-diskutiert-2010-ueber-buergergeld.html?tx_ttnews\[backPid\]=33&cHash=d381519521](http://www.charivari.com/aktuell/meldungen/article/althaus-cdu-vorstand-diskutiert-2010-ueber-buergergeld.html?tx_ttnews[backPid]=33&cHash=d381519521)

ostbayern-nachrichten

Althaus: CDU-Vorstand diskutiert 2010 über Bürgergeld

Der CDU-Bundesvorstand beschäftigt sich nach Angaben von Thüringens CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus im kommenden Jahr mit seiner Idee des «Solidarischen Bürgergeldes».



Erfurt (ddp-lth). Der CDU-Bundesvorstand beschäftigt sich nach Angaben von Thüringens CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus im kommenden Jahr mit seiner Idee des «Solidarischen Bürgergeldes». Eine Arbeitsgruppe unter seiner Führung werde bis Anfang 2010 Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen erarbeiten und das Gesamtergebnis dann dem CDU-Bundesvorstand vorlegen, sagte Althaus im Gespräch mit der Nachrichtenagentur ddp in Erfurt.

Der Regierungschef sagte, das «Solidarische Bürgergeld» müsse sehr breit in der Gesellschaft diskutiert werden. Es sei ein «sehr umfassender Ansatz», der nicht kurzfristig politisch umgesetzt werden könne. Althaus betonte: «Das Gesamtkonzept muss stimmen: rechtlich, finanziell und auch politisch-moralisch». Dazu sei die Kommission von der CDU eingesetzt worden.

Der CDU-Politiker aus Thüringen wirbt bereits seit längerem für sein Konzept eines Bürgergeldes, mit dessen Einführung eine grundlegende Umgestaltung des Steuer- und Sozialversicherungssystems verbunden wäre. Nach seinen Vorstellungen sollte jeder Bürger ohne Bedingungen 800 Euro im Monat erhalten. Dafür würden alle anderen Sozialleistungen gestrichen. Durch den weitgehenden Wegfall von Lohnnebenkosten rechnet Althaus mit zusätzlichen Jobs und einem kräftigen Wirtschaftswachstum.

Das Bürgergeld sinkt nach dem Konzept von Althaus mit wachsenden eigenen Einkünften. Bis zu einem Bruttoeinkommen von 1600 Euro im Monat fällt keine Einkommensteuer an, darüber gilt der Steuersatz von 25 Prozent. Das Kindergeld würde durch ein Bürgergeld in Höhe von 500 Euro ersetzt. Ab dem 67. Lebensjahr käme zum Bürgergeld eine Zusatzrente bis maximal 600 Euro hinzu.

(ddp) Mi. 26. Aug., ddp Politik